



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld

Fraktionsvorsitzender

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales
im Rat der Stadt Coesfeld
Herrn Borgelt
Markt 8

48653 Coesfeld

Dienstag, 16. Mai 2006

Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales des Rates der Stadt Coesfeld

Sehr geehrter Herr Borgelt,

im Auftrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld bitte ich Sie, folgenden Antrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales aufzunehmen:

Antrag:

1. Der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales beschließt, die Unterausschüsse „Kindertagesbetreuung“ und „Seniorenbeirat“ mit sofortiger Wirkung aufzulösen.
2. Der Stand der jeweils aktuellen Beratungen der o.g. Unterausschüsse wird den Mitgliedern des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales in öffentlicher Sitzung vorgetragen.
3. Die bislang be- und erarbeiteten Dokumente und Unterlagen der Unterausschüsse werden allen ordentlichen Mitgliedern des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales vollständig zur Verfügung gestellt.
4. Die notwendigen inhaltlichen Beratungen zu den Themen Kindertagesbetreuung und Seniorenbeirat werden künftig ausschließlich im Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales beraten.
5. Als Anlass für die Herstellung der Nichtöffentlichkeit der Behandlung von Tagesordnungspunkten zu den vorgenannten Themenkreisen gelten ausschließlich die üblichen Vorgaben durch Gesetze und Verordnungen.





Begründung:

Die derzeit geübte Praxis der Beratung zu o.g. Themenfeldern in Unterausschüssen widerspricht faktisch dem Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit.

Insbesondere die aktuellen Herausforderungen zur Gestaltung einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung in Coesfeld unter Berücksichtigung der landespolitischen Vorgaben und der demographischen Entwicklung verlangen eine breite öffentliche Diskussion. Hier gilt es im strengsten Sinne des Öffentlichkeitsprinzips - als tragenden Verfahrensgrundsatz des kommunalen Verfassungsrechts - in Bezug auf die Planung der Kindertagesbetreuung in Coesfeld gegenüber der Allgemeinheit Publizität, Information, Kontrolle und Integration zu vermitteln bzw. zu ermöglichen, um dadurch eine auf eigener Kenntnis und Beurteilung beruhende Grundlage für eine sachgerechte Kritik sowie für die Willensbildung zu schaffen.

Die teilweise intensive Beratung der o.g. wichtigen Themenfelder in Unterausschüssen verhindert jedoch die notwendige Transparenz kommunaler Entscheidungsabläufe in Coesfeld. Nur durch eine öffentliche Diskussion wird unzulässigen Einwirkungen persönlicher Beziehungen, Einflüssen und Interessen auf die Beschlußfassung vorgebeugt und der Anschein vermieden, daß „hinter verschlossenen Türen“ unsachgemäße Motive für die vorgeschlagenen Entscheidungen maßgebend gewesen sein könnten. Demokratische Kontrolle kann nur dann funktionieren, wenn die einzelnen politischen Positionen im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen ständig sichtbar gemacht werden, um sie für die Öffentlichkeit verständlich, nachvollziehbar und damit kontrollierbar zu gestalten.

Bezüglich der künftigen Handhabung der notwendigerweise umfassenden Beratungen zu den wichtigen Politikfeldern verweisen wir auf den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld vom 04. Oktober 2004 zur Trennung des Ausschusses Jugend, Familie, Senioren und Soziales in die Ausschüsse Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Senioren und Soziales.

Die Unterstellung der Notwendigkeit zur Beratung in Unterausschüssen – zuletzt dokumentiert durch die Beschlussfassungen des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales im Februar 2006 - zeigt doch, dass der Beratungsbedarf offenbar die Möglichkeiten des ordentlichen Ausschusses übersteigt.

Der Rat kann den kommunalen Aufgaben in den o.g. Politikfeldern aufgrund der Vielfalt der zu treffenden Entscheidungen nur gerecht werden, wenn er die Arbeit der Fachausschüsse nach den Prinzipien der Dezentralität, der Arbeitsteilung **und** der Öffentlichkeit organisiert.

Die SPD-Fraktion verweist auf ihren Antrag zur Vorlage 015/2006 zur Ablehnung der Einrichtung des Unterausschusses und wird fortan nicht an den Beratungen der Unterausschüsse teilnehmen.

Mit freundlichem Gruß
im Auftrag

